

ROMAN KAISER

# Das Mehrheitsprinzip in der Judikative

*Rechtstheorie · Legal Theory*

2

---

**Mohr Siebeck**

# Rechtstheorie · Legal Theory

herausgegeben von

Thomas Gutmann, Tatjana Hörnle und Matthias Jestaedt

2





Roman Kaiser

# Das Mehrheitsprinzip in der Judikative

Mohr Siebeck

*Roman Kaiser*, geboren 1990; Studium der Rechtswissenschaft in München und Oxford; 2016 Erste Juristische Prüfung; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Medizinrecht und Rechtsphilosophie der Universität Augsburg; 2019 Promotion; seit 2019 Rechtsreferendar in München.  
orcid.org/0000-0002-0301-1907

Zugleich Dissertation, Universität Augsburg, 2019.

ISBN 978-3-16-159407-6 / eISBN 978-3-16-159408-3

DOI 10.1628/978-3-16-159408-3

ISSN 2629-723X / eISSN 2629-7248 (Rechtstheorie · Legal Theory)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Times gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

*The judge asked the jury, ›What possible excuse  
can you have for acquitting this defendant?‹*

*The foreman replied, ›Insanity.‹*

*The judge said, ›All twelve of you?‹*



## Vorwort

Das Mehrheitsprinzip fasziniert durch seine Kombination aus schlichter Eleganz und erhabenem Anspruch. Sie spiegelt sich wider in der Forschung zu kollektiven Entscheidungen, die zwischen Normativität und Formalität oszilliert. Die vorliegende Arbeit, die im Wintersemester 2019/20 als Doktorarbeit an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg angenommen und für die Drucklegung leicht überarbeitet sowie auf den Stand von März 2020 gebracht wurde, erforscht das Faszinosum Mehrheitsprinzip für den besonderen Bereich der Judikative. Sie geht von einer einfachen Beobachtung aus, die Fragen provoziert: Gerichte entscheiden mit Mehrheit. Warum? Gilt das immer? Und ist es stets unproblematisch möglich?

Eine Untersuchung, die versucht, Antworten auf diese Fragen zu finden, kann – obgleich ihr Gegenstand dem Rechtssystem entstammt und sie einem rechtswissenschaftlichen Interesse dient – keine rein rechtswissenschaftliche sein. Wer sich mit kollektiven Entscheidungen befasst, ist von Haus aus auf einem interdisziplinär angelegten Forschungsfeld tätig. Deshalb habe ich, obwohl ich (leider) kein Philosoph, (gottlob) kein Ökonom und (schmerzlicherweise) kein Mathematiker bin, Konzepte und Erkenntnisse dieser Wissenschaften herangezogen, um das Mehrheitsprinzip in der Judikative zu untersuchen. Die Frage, ob mein Versuch geglückt ist, darf ich dem Urteil des Lesers anvertrauen.

Bedanken möchte ich mich zuvorderst bei dem Betreuer der Arbeit, meinem Doktorvater und akademischen Lehrer, Professor Dr. Josef Franz Lindner. Er hat mich von Anfang an in der Wahl und Ausrichtung meines Themas bestärkt und mir die Freiheit gegeben, nicht nur die Promotion in einem überschaubaren Zeitraum abschließen, sondern währenddessen auch anderweitig publizieren zu können. Mein Dank gilt ferner Professor Dr. Jörg Neuner für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Der Studienstiftung des deutschen Volkes danke ich für die ideelle Förderung durch ein Promotionsstipendium, der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung für die Gewährung eines großzügigen Druckkostenzuschusses.

Zu danken habe ich schließlich meiner Familie sowie meinen Freunden und Kollegen, die auf die eine oder andere Weise zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Mein größter Dank gilt Anna-Sophia Mutter, ohne die in den letzten Jahren nicht nur die Promotion nicht möglich gewesen wäre.



Gewidmet ist das Buch meinen Eltern, deren Rückhalt, Unterstützung und Generosität mir lange Jahre Bildung und Ausbildung ermöglicht haben. Eltern sind immer schuld – auch an den folgenden Seiten.

München, im Mai 2020

Roman Kaiser

## Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Tabellen- und Grafikverzeichnis .....	XVII
Formelverzeichnis .....	XIX
Symbolverzeichnis .....	XXI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
A. Grundlagen .....	1
I. Richter Mehrheit als Forschungsgegenstand .....	1
II. Gerichtsurteile als kollektive Entscheidungen .....	10
III. Begriffsklärung .....	26
IV. Geschichtlicher Abriss .....	28
V. Rechtslage in Deutschland und Europa .....	33
B. Rechtfertigung .....	47
I. Legitimation und Rechtfertigung .....	47
II. Natürlichkeitsargumente .....	49
III. Materielle Argumente .....	57
IV. Teleologische Argumente .....	98
V. Prozedurale Argumente .....	103
VI. Praktikabilitätsargument .....	141
VII. Fazit .....	153
C. Grenzen .....	155
I. Qualifizierte Mehrheit .....	155
II. Einstimmigkeit .....	176
III. Minderheitsquorum .....	182
IV. Fazit .....	184

D. Umsetzung .....	187
I. Abstimmungsmethode .....	187
II. Erweiterungen .....	272
III. Begründung .....	302
E. Schluss .....	313
Literaturverzeichnis .....	323
Sach- und Personenverzeichnis .....	381

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Tabellen- und Grafikverzeichnis .....	XVII
Formelverzeichnis .....	XIX
Symbolverzeichnis .....	XXI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
A. Grundlagen .....	1
<i>I. Richtermehrheit als Forschungsgegenstand</i> .....	1
1. Zwischen Selbstverständlichkeit und Problemen .....	1
2. Ziel und Gang der Untersuchung .....	7
<i>II. Gerichtsurteile als kollektive Entscheidungen</i> .....	10
1. Social-Choice-Theorie in der Rechtswissenschaft .....	11
2. Gerichtsurteile als Gegenstand der Social-Choice-Theorie .....	16
a) Urteilsaggregation .....	17
b) Nicht-Binarität gerichtlicher Entscheidungen .....	19
3. Aggregation und Deliberation .....	24
<i>III. Begriffsklärung</i> .....	26
<i>IV. Geschichtlicher Abriss</i> .....	28
1. Allgemeine Entwicklung des Mehrheitsprinzips .....	28
2. Mehrheitsprinzip bei Gerichten .....	30
<i>V. Rechtslage in Deutschland und Europa</i> .....	33
1. Kollegialgerichte .....	33
a) Besetzung der Spruchkörper .....	33
aa) Ordentliche Gerichtsbarkeit .....	34
bb) Arbeits-, Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit .....	35
cc) Sonstige Fachgerichte .....	36
dd) Verfassungsgerichte und europäische Gerichte .....	37
b) Beschlussfähigkeit .....	37
2. Mehrheitserfordernisse .....	39
a) Grundsatz der einfachen Mehrheit .....	39
b) Qualifizierte Mehrheit .....	41

c) Einstimmigkeit .....	42
d) Minderheitsquorum .....	43
e) Stimmgleichheit .....	43
3. Abstimmung .....	45
<b>B. Rechtfertigung .....</b>	<b>47</b>
I. <i>Legitimation und Rechtfertigung</i> .....	47
II. <i>Natürlichkeitsargumente</i> .....	49
1. Was sonst? .....	50
2. Mehrheit statt Minderheit .....	53
a) Kraftargument .....	54
b) Absurditätsargument .....	55
3. Fazit .....	56
III. <i>Materielle Argumente</i> .....	57
1. Kompromissargument .....	57
2. Richtigkeitsargument .....	58
a) Condorcet-Jury-Theorem .....	60
aa) Bedingungen und Aussagen des Jury-Theorems .....	62
bb) Positive und negative Kompetenz .....	67
cc) Heterogene Kompetenz .....	68
b) Anwendung des Jury-Theorems auf Kollegialgerichte .....	71
aa) Richter als Experten .....	73
bb) Kompetenz zur Tatsachenfindung .....	74
cc) Kompetenz zur Rechtsfindung .....	79
(1) Problem des Richtigkeitsmaßstabs .....	79
(2) Problem der Erkenntnis .....	87
dd) Problem der Unabhängigkeit .....	90
(1) Gründe für die Abhängigkeit der Richter .....	91
(2) Auswirkungen der Abhängigkeit .....	95
c) Fazit .....	97
IV. <i>Teleologische Argumente</i> .....	98
1. Freiheitsmaximierung .....	98
2. Gleichheitsmaximierung .....	100
3. Nutzenmaximierung .....	101
V. <i>Prozedurale Argumente</i> .....	103
1. Verfahrensargument .....	103
2. Fairnessargument .....	104
a) Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips aus der politischen Gleichheit .....	105
aa) Politische Gleichheit als prozedurale Gleichheit .....	107
bb) May-Theorem .....	108
(1) Entscheidungsfähigkeit .....	109

(2) Responsivität .....	110
(3) Anonymität .....	111
(4) Neutralität .....	111
b) Übertragbarkeit des Fairnessarguments auf Kollegialgerichte .....	113
aa) Entscheidungsfähigkeit und Responsivität .....	113
bb) Neutralität .....	115
cc) Anonymität .....	118
(1) Gleichwertigkeit des Richteramts aus Art. 92 GG .....	119
(2) Richterliche Unabhängigkeit .....	124
(3) Gleiche demokratische Legitimation der Richter .....	127
(4) Differenzierungen innerhalb des Richterkollegiums .....	130
(a) Berufsrichter, Richter auf Lebenszeit, Berichterstatter ..	131
(b) Vorsitzender Richter .....	133
(5) Stimmrecht der Bundesverfassungsrichter .....	136
(a) Parität der Senatsbesetzung .....	137
(b) Politischer Proporz .....	138
(c) Differenzierungskriterien .....	140
dd) Fazit .....	140
<i>VI. Praktikabilitätsargument</i> .....	141
1. Responsivität des Kollegialurteils .....	143
2. Rationalität des Richterspruchs .....	146
<i>VII. Fazit</i> .....	153
C. Grenzen .....	155
<i>I. Qualifizierte Mehrheit</i> .....	155
1. Strafprozessrecht .....	156
a) Sicherheit der richtigen Verurteilung .....	156
b) Vorteile eines absoluten Stimmenvorsprungs .....	158
c) Gründe für die Festlegung als Bruch. ....	161
d) Qualifizierte Mehrheit und Rechtsfindung .....	163
2. Verfassungsprozessrecht .....	165
a) Prozedurale Begründungen .....	166
aa) Institutionelle Stabilität .....	167
bb) Minderheitenschutz .....	168
cc) Fazit .....	170
b) Verfassungsgerichtliche Tatsachenfindung .....	171
3. Ausweitung der qualifizierten Mehrheit .....	173
<i>II. Einstimmigkeit</i> .....	176
1. Verfahrensvereinfachung .....	177
2. Kammern des Bundesverfassungsgerichts .....	179
3. Einstweilige Anordnung des Notsenats .....	180

<i>III. Minderheitsquorum</i> .....	182
<i>IV. Fazit</i> .....	184
<b>D. Umsetzung</b> .....	187
<i>I. Abstimmungsmethode</i> .....	187
1. Stimmenaggregation als Problem .....	188
a) ›doctrinal paradox‹ zur Einführung .....	188
b) Beispiele aus der Rechtsprechung .....	190
c) Bedeutung und Formen des ›doctrinal paradox‹ .....	194
d) Diskursives Dilemma .....	197
2. Formale Grundlagen der Urteilsaggregation .....	198
3. Unmöglichkeitstheorem .....	201
a) Inhalt des Unmöglichkeitstheorems .....	202
aa) Normative Kriterien des Unmöglichkeitstheorems .....	202
(1) Universalität .....	203
(2) Rationalität .....	203
(3) Anonymität .....	204
(4) Systematizität .....	204
bb) Voraussetzung einer minimal komplexen Agenda .....	205
b) Anwendbarkeit auf die kollegialgerichtliche Abstimmung .....	207
aa) Logik juristischer Aussagen .....	207
bb) Bedeutung der Implikation .....	208
cc) Logische Verknüpfungen durch die Rechtsdogmatik .....	210
dd) Fazit .....	211
4. Lösungsversuche .....	212
a) Lockerung der Anonymität .....	212
b) Lockerung der Rationalität .....	212
aa) Eingeschränkte Rationalität .....	213
bb) Rationale Gerichtsentscheidungen .....	215
c) Lockerung der Universalität .....	218
aa) Eindimensionale Ausrichtung .....	219
bb) Wertbeschränktheit .....	223
cc) Homogenität der Richter .....	225
d) Lockerung der Systematizität .....	230
aa) Lockerung der Unabhängigkeit: Stufen- und Totalabstimmung .....	231
bb) Abstimmungsmethoden im deutschen Prozessrecht .....	235
(1) Historische Entwicklung .....	235
(a) Kontroverse im 19. Jahrhundert .....	235
(b) Regelung im Gerichtsverfassungsgesetz .....	236
(c) Rechtswissenschaftliche Debatte im 20. Jahrhundert .....	238
(2) Heutiger prozessrecht(swissenschaft)licher Stand .....	239
(a) Grundlagen .....	239
(b) Zivilgerichtsbarkeit .....	242

(c) Strafgerichtsbarkeit . . . . .	246
(d) Verfassungsgerichtsbarkeit . . . . .	250
(3) Vergleich zum angloamerikanischen Rechtskreis . . . . .	254
cc) Problem der Manipulierbarkeit . . . . .	256
(1) Pfadabhängigkeit der Stufenabstimmung . . . . .	257
(2) Manipulation durch Agendasetzung . . . . .	258
(3) Manipulation durch strategisches Abstimmen . . . . .	260
dd) Epistemische Begründung der Abstimmungsmethode . . . . .	265
(1) Epistemische Qualität von Stufen- und Totalabstimmung . . . . .	265
(2) Abstimmung nach Teilen im Strafprozess . . . . .	267
(3) Probleme der epistemischen Begründung . . . . .	268
ee) Responsivität der Abstimmungsmethode . . . . .	269
<i>II. Erweiterungen</i> . . . . .	272
1. Gerade Mitgliederzahl und Stimmgleichheit . . . . .	273
a) Gründe für die geradzahlige Besetzung . . . . .	273
b) Erschwernis der Mehrheitsentscheidung . . . . .	275
c) Entscheidung bei Stimmgleichheit . . . . .	276
aa) Verweigerung einer Entscheidung . . . . .	277
bb) Änderung des Stimmgewichts . . . . .	278
(1) Stichentscheid des Vorsitzenden . . . . .	278
(2) Stimmverlust des jüngsten Richters . . . . .	279
cc) Gesetzliche Vorzugsregel . . . . .	281
(1) Stimmgleichheit beim Bundesverfassungsgericht . . . . .	281
(2) Rechtfertigung . . . . .	285
dd) Losentscheid . . . . .	290
d) Epistemische Folgen der geraden Mitgliederzahl . . . . .	290
e) Primat der Vermeidung . . . . .	291
2. Nicht-binäre Entscheidungen . . . . .	293
a) ›Sukzessivabstimmung‹ . . . . .	295
b) Kombinationsmethode . . . . .	296
<i>III. Begründung</i> . . . . .	302
1. Überstimmter Berichterstatter . . . . .	303
2. Sondervotum . . . . .	304
3. Begründung bei Totalabstimmung . . . . .	309
 E. Schluss . . . . .	 313
 Literaturverzeichnis . . . . .	 323
Sach- und Personenverzeichnis . . . . .	381





## Tabellen- und Grafikverzeichnis

Tabelle A.1	Beispiel für Präferenzaggregation . . . . .	22
Tabelle A.2	Beispiel für Urteilsaggregation . . . . .	22
Tabelle A.3	abgewandeltes Beispiel für Urteilsaggregation . . . . .	22
Tabelle C.1	Wahrscheinlichkeit einer richtigen Entscheidung strafgerichtlicher Spruchkörper . . . . .	160
Tabelle D.1	Eingangsbeispiel für das ›doctrinal paradox‹ . . . . .	189
Tabelle D.2	<i>Pennsylvania v. Union Gas Co.</i> . . . . .	190
Tabelle D.3	<i>Al-Dulimi und Montana Management Inc. gegen die Schweiz</i> .	192
Tabelle D.4	<i>Fretté gegen Frankreich</i> . . . . .	193
Tabelle D.5	›doctrinal paradox‹ in konjunktiver Form . . . . .	195
Tabelle D.6	›doctrinal paradox‹ in disjunktiver Form . . . . .	196
Tabelle D.7	›doctrinal paradox‹ in erweiterter Form . . . . .	196
Tabelle D.8	diskursives Dilemma in allgemeiner Form . . . . .	197
Tabelle D.9	eindimensional ausgerichtetes Abstimmungsprofil . . . . .	219
Tabelle D.10	nicht eindimensional ausgerichtetes Abstimmungsprofil . . . . .	223
Tabelle D.11	Abwandlung des Eingangsbeispiels . . . . .	233
Tabelle D.12	strafrechtliches Beispiel für das ›doctrinal paradox‹ . . . . .	248
Tabelle D.13	manipulierbares Abstimmungsprofil . . . . .	259
Tabelle D.14	epistemische Qualität bei konjunktiver Entscheidung . . . . .	267
Tabelle D.15	epistemische Qualität bei disjunktiver Entscheidung . . . . .	267
Tabelle D.16	Profil hypothetischer Präferenzordnungen . . . . .	297
Tabelle D.17	Beispiel für Condorcet-Paradox . . . . .	298
Tabelle D.18	nicht eingipfliges Abstimmungsprofil ohne Paradox . . . . .	299
Tabelle D.19	Profil hypothetischer Präferenzordnungen von fünf Richtern . .	301
Grafik D.1	eindimensionale Ausrichtung . . . . .	222
Grafik D.2	nicht eindimensionale Ausrichtung . . . . .	223
Grafik D.3	Abstimmungsmethoden . . . . .	240
Grafik D.4	Sukzessivabstimmung . . . . .	296
Grafik D.5	eingipflige Präferenzen . . . . .	298
Grafik D.6	nicht eingipflige Präferenzen . . . . .	299



## Formelverzeichnis

Formel B. 1: 
$$P_n = \sum_{h=m}^n \binom{n}{h} p^h (1-p)^{n-h}$$

Beispiel dazu: 
$$P_3 = \sum_{h=2}^3 \binom{3}{h} 0,6^h 0,4^{3-h} = \left[ \binom{3}{2} 0,6^2 0,4^1 \right] + \left[ \binom{3}{3} 0,6^3 0,4^0 \right] =$$
  

$$(3 \times 0,36 \times 0,4) + (1 \times 0,216 \times 1) = 0,432 + 0,216 = 0,648$$

Formel B.2: 
$$P_n = \sum_{\substack{S \subseteq N \\ s \geq m}} \prod_{i \in S} p_i \prod_{i \notin S} (1-p_i)$$

Beispiel dazu: 
$$P_n = (0,4 \times 0,6 \times [1-0,8]) + (0,6 \times 0,8 \times [1-0,4]) + (0,4 \times 0,8 \times [1-0,6])$$
  

$$+ (0,4 \times 0,6 \times 0,8) = 0,048 + 0,288 + 0,128 + 0,192 = 0,656$$

Formel C.1: 
$$P(H|E) = \frac{P(H)P(E|H)}{P(E)} = \frac{P(H)P(E|H)}{P(H)P(E|H) + P(-H)P(E|-H)}$$

Formel C.2: 
$$P(H|E) = \frac{r \sum_{h>n/2} \binom{n}{h} p^h (1-p)^{n-h}}{r \sum_{h>n/2} \binom{n}{h} p^h (1-p)^{n-h} + (1-r) \sum_{h>n/2} \binom{n}{h} p^h (1-p)^{n-h}}$$

Formel C.3: 
$$P(H|E) = \frac{rp^m}{rp^m + (1-r)(1-p)^m} = \frac{r}{r + (1-r)(1/p-1)^m}$$

Formel C.4: 
$$P(H|E) = \frac{p^{h-k}}{p^{h-k} + (1-p)^{h-k}}$$



## Symbolverzeichnis

$\wedge$	Konjunktion
$\vee$	Disjunktion
$\rightarrow$	Implikation
$\leftrightarrow$	Bikonditional
$\neg$	Negation
$\Sigma$	Summe
$\Pi$	Produkt
$\lim$	Limes (Grenzwert)
$\sqrt{\quad}$	Wurzel
$<$	kleiner als
$>$	größer als
$\geq$	größer als oder gleich
$>$	Präferenzrelation
$\vdash$	Ableitungsrelation
$e$	Eulersche Zahl
$\infty$	unendlich
$\{a, b, \dots\}$	Menge bestehend aus den Elementen $a, b$ usw.
$\{a: T(a)\}$	Menge der Elemente $a$ , die die Bedingung $T(a)$ erfüllen
$\subset$	Teilmenge
$\subseteq$	Echte Teilmenge
$\in$	Element
$\cap$	Schnittmenge
$\cup$	Vereinigungsmenge
$\ $	Mächtigkeit (Anzahl der Elemente)



## Abkürzungsverzeichnis

Die Abkürzungen folgen für englischsprachige Zeitschriften dem internationalen Standard ISO 4.

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
Abt.	Abteilung
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
Adv. Appl. Math.	Advances in Applied Mathematics (Z)
AEUU	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alter Fassung
AG	Amtsgericht
AK	Alternativkommentar
Akt.	Aktualisierung
AktG	Aktiengesetz
AL	Aufbaulieferung
Alt.	Alternative
Am. Econ. Rev.	American Economic Review
Am. J. Comp. Law	American Journal of Comparative Law
Am. J. Jurisprudence	American Journal of Jurisprudence
Am. J. Political Sci.	American Journal of Political Science
Am. Political Sci. Rev.	American Political Science Review
Am. Stat.	The American Statistician (Z)
Anm.	Anmerkung
Annu. Rev. Political Sci.	Annual Review of Political Science
Ant. Ab.	Antike und Abendland (Z)
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte (Z)
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Aristot. Soc. Suppl. Vol.	Aristotelian Society Supplementary Volume
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Australas. J. Philos.	Australasian Journal of Philosophy
BauGB	Baugesetzbuch
BayGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern



BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVerfGHG	Gesetz über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof
BB	Betriebs-Berater (Z)
BbgVerfGG	Gesetz über das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
Bd.	Band, Bände
BDO	Bundesdisziplinarordnung
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr., begr.	Begründer, begründet
Behav. Sci.	Behavioral Science (Z)
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BlnVerfGH	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin
BlnVerfGHG	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof (Berlin)
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BNotK	Bundesnotarkammer
BNotO	Bundesnotarordnung
Boston Univ. Law Rev.	Boston University Law Review
BPatG	Bundespatentgericht
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BremStGH	Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen
BremStGHG	Gesetz über den Staatsgerichtshof (Bremen)
Br. J. Philos. Sci.	British Journal for the Philosophy of Science
Br. J. Political Sci.	British Journal of Political Science
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundessozialgerichts
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BT-PIProt.	Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages
Bull. Sci. Technol. Soc.	Bulletin of Science, Technology & Society
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerfGK	Sammlung der Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht

BWGBL.	Gesetzblatt für Baden-Württemberg
BWVBl.	Baden-Württembergisches Verwaltungsblatt
BWVerfGHG	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof (Baden-Württemberg)
BWVGG	Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
Calif. Law Rev.	California Law Review
Camb. Law J.	Cambridge Law Journal
Can. J. Law Jurisprudence	Canadian Journal of Law and Jurisprudence
Can. J. Philos.	Canadian Journal of Philosophy
Can. J. Political Sci.	Canadian Journal of Political Science
Cardozo Law Rev.	Cardozo Law Review
Case West. Reserve Law Rev.	Case Western Reserve Law Review
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
Columbia Law Rev.	Columbia Law Review
Conn.	Connecticut
Cornell Law Q.	Cornell Law Quarterly
Cornell Law Rev.	Cornell Law Review
Corp.	Corporation
Crim. Law Philos.	Criminal Law and Philosophy (Z)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
D.	Digesta Iustiniani
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
DJ	Deutsche Justiz (Z)
DLZ	Deutsche Literaturzeitung
DNA	Deoxyribonucleic acid
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Z)
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht (Z)
dt.	deutsch
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DZPhil	Deutsche Zeitschrift für Philosophie
ebd.	ebenda
Econ. Lett.	Economics Letters (Z)
Econ. Philos.	Economics and Philosophy (Z)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMRVerfO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
Elem. Math.	Elemente der Mathematik (Z)
Emory Law J.	Emory Law Journal
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention

En.	Endnote
Environ. Res. Lett.	Environmental Research Letters (Z)
Erasmus J. Philos. Econ.	Erasmus Journal for Philosophy and Economics
Erl.	Erläuterung
erw.	erweitert
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGH-Satzung	Protokoll über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union
EuGHVfO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVfO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichts
Eur. J. Political Econ.	European Journal of Political Economy
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWE	Erwägen Wissen Ethik (Z)
f., ff.	folgende
FDP	Freie Demokratische Partei
FG	Festgabe
FGO	Finanzgerichtsordnung
FinG	Finanzgericht
Fla. State Univ. Law Rev.	Florida State University Law Review
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
Ga. Law Rev.	Georgia Law Review
Games Econ. Behav.	Games and Economic Behavior (Z)
Georget. Law J.	Georgetown Law Journal
Ger. Law J.	German Law Journal
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GOBT	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
GOBVerfG	Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts
GOEP	Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments
Good Soc.	The Good Society (Z)
Group Decis. Negot.	Group Decision and Negotiation (Z)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Z)
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Habil.	Habilitation
Harv. Civ. Rights-Civ. Liberties Law Rev.	Harvard Civil Rights-Civil Liberties Law Review
Harv. J. Law Public Policy	Harvard Journal of Law and Public Policy
Harv. Law Rev.	Harvard Law Review
Hbd.	Halbband
Herv.	Hervorhebung
HessRBesG	Hessisches Richterbesoldungsgesetz
HessStGHG	Gesetz über den Staatsgerichtshof (Hessen)

HessVGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
h. M.	herrschende Meinung
HmbVerfGG	Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht
Hofstra Law Rev.	Hofstra Law Review
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte
Hrsg., hrsg.	Herausgeber, herausgegeben
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HWPh	Historisches Wörterbuch der Philosophie
i. d. F.	in der Fassung
insb.	insbesondere
Int. Econ. Rev.	International Economic Review
Int. J. Forecast.	International Journal of Forecasting
Int. Rev. Law Econ.	International Review of Law and Economics
i. O.	im Original
Iowa Law Rev.	Iowa Law Review
Ir. Political Stud.	Irish Political Studies (Z)
i. S.	im Sinne
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Z)
J. Am. Stat. Assoc.	Journal of the American Statistical Association
J. Artif. Intell. Res.	Journal of Artificial Intelligence Research
JbRSoz	Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie
J. Contemp. Leg. Issues	Journal of Contemporary Legal Issues
J. Econ. Behav. Organ.	Journal of Economic Behavior & Organization
J. Econ. Perspect.	Journal of Economic Perspectives
J. Econ. Theory	Journal of Economic Theory
JGG	Jugendgerichtsgesetz
J. Interdiscip. Hist.	Journal of Interdisciplinary History
JJahrb	Juristen-Jahrbuch
J. Law Courts	Journal of Law and Courts
J. Law Econ. Organ.	Journal of Law, Economics & Organization
J. Leg. Anal.	Journal of Legal Analysis
J. Leg. Stud.	Journal of Legal Studies
J. Log. Comput.	Journal of Logic and Computation
jM	juris – Die Monatszeitschrift
J. Mod. Hist.	Journal of Modern History
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
J. Philos. Log.	Journal of Philosophical Logic
J. Political Econ.	Journal of Political Economy
J. Political Philos.	Journal of Political Philosophy
J. Politics	Journal of Politics
JR	Juristische Rundschau
J. Risk Uncertain.	Journal of Risk and Uncertainty
J. Supreme Court Hist.	Journal of Supreme Court History
J. Theor. Politics	Journal of Theoretical Politics
Jura	Juristische Ausbildung (Z)
JurA	Juristische Analysen (Z)

Juridica Int.	Juridica International (Z)
JuS	Juristische Schulung (Z)
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
K	Kammer (des Bundesverfassungsgerichts)
Kap.	Kapitel
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KritVJSchr	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
Ky. Law J.	Kentucky Law Journal
LAG	Landesarbeitsgericht
Law Philos.	Law and Philosophy (Z)
Law Pract. Int. Courts Tribunals	The Law and Practice of International Courts and Tribunals (Z)
Law Q. Rev.	Law Quarterly Review
Leg. Theory	Legal Theory (Z)
LG	Landgericht
lit.	littera
Loyola Law Rev.	Loyola Law Review
LSALVerfGG	Gesetz über das Landesverfassungsgericht (Sachsen-Anhalt)
LVerfGE	Entscheidungen der Verfassungsgerichte der Länder
LwVG	Landwirtschaftsverfahrensgesetz
Ma.	Massachusetts
Math. Soc. Sci.	Mathematical Social Sciences (Z)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mich. Law Rev.	Michigan Law Review
Minn. Law Rev.	Minnesota Law Review
MittPatA	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte
Mod. Law Rev.	Modern Law Review
MüKo	Münchener Kommentar
MVLVerfGG	Gesetz über das Landesverfassungsgericht Mecklenburg- Vorpommern
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n. Chr.	nach Christus
NdsStGHG	Gesetz über den Staatsgerichtshof (Niedersachsen)
Neb. Law Rev.	Nebraska Law Review
NJ	Neue Justiz (Z)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
NLMR	Newsletter Menschenrechte (Z)
No.	Number
North. Ill. Univ. Law Rev.	Northern Illinois University Law Review
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Nr.	Nummer
NRWVerfGHG	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht

NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungs- Report
N. Y. Univ. Law Rev.	New York University Law Review
OLG	Oberlandesgericht
o. O.	ohne Ortsangabe
Organ. Behav. Hum. Decis. Process.	Organizational Behavior and Human Decision Processes (Z)
Organ. Behav. Hum. Perform.	Organizational Behavior and Human Performance (Z)
ÖstJN	Österreichische Jurisdiktionsnorm
ÖstStPO	Österreichische Strafprozeßordnung
ÖstVerfGH	Österreichischer Verfassungsgerichtshof
o. V.	ohne Verfasser
OVG	Oberverwaltungsgericht
Oxf. J. Leg. Stud.	Oxford Journal of Legal Studies
PatG	Patentgesetz
Philos. Compass	Philosophy Compass (Z)
Philos. Explor.	Philosophical Explorations (Z)
Philos. Issues	Philosophical Issues (Z)
Philos. Stud.	Philosophical Studies (Z)
Policy Sci.	Policy Sciences (Z)
Political Res. Q.	Political Research Quarterly
Political Stud.	Political Studies (Z)
Politics Philos. Econ.	Politics, Philosophy & Economics (Z)
Proc. Am. Philos. Soc.	Proceedings of the American Philosophical Society
Proc. Natl. Acad. Sci.	Proceedings of the National Academy of Sciences
Psychol. Sci.	Psychological Science (Z)
PUAG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsaus- schüsse des Deutschen Bundestages
PVS	Politische Vierteljahresschrift
PWP	Perspektiven der Wirtschaftspolitik (Z)
Quad. fior.	Quaderni fiorentini per la storia del pensiero giuridico moderno
R	Regina
Ration. Soc.	Rationality and Society (Z)
Rev. écon. polit.	Revue d'économie politique
Rev. eur. sci. soc.	Revue européenne des sciences sociales
Rev. hist. droit fr. étr.	Revue historique de droit français et étranger
Rev. Policy Res.	Review of Policy Research
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RhPfVerfGHG	Landesgesetz über den Verfassungsgerichtshof (Rheinland- Pfalz)
Rn.	Randnummer(n)

RphZ	Rechtsphilosophie (Z)
RsprEinhG	Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes
RStPO	Reichsstrafprozessordnung
RuP	Recht und Politik (Z)
S.	Seite
SaarlVerfGH	Verfassungsgerichtshof des Saarlandes
SaarlVerfGHG	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof (Saarland)
SächsVerfGHG	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen
Scand. J. Econ.	Scandinavian Journal of Economics
Schmoll. Jb.	Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SHLVerfGG	Gesetz über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht
Singap. Law Rev.	Singapore Law Review
SK	Systematischer Kommentar
Soc. Choice Welf.	Social Choice and Welfare (Z)
Soc. Epistemol.	Social Epistemology (Z)
Soc. Sci. Inf.	Social Science Information (Z)
sog.	so genannt
South. Calif. Interdiscip. Law J.	Southern California Interdisciplinary Law Journal
South. Calif. Law Rev.	Southern California Law Review
South. J. Philos.	Southern Journal of Philosophy
South. Rev.	The Southern Review
Southwest. J. Law Trade Am.	Southwestern Journal of Law and Trade in the Americas
SozG	Sozialgericht
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stanf. Law Rev.	Stanford Law Review
Stat. Sci.	Statistical Science (Z)
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum (Z)
StV	Strafverteidiger (Z)
Suffolk Univ. Law Rev.	Suffolk University Law Review
Supreme Court Econ. Rev.	Supreme Court Economic Review
Supreme Court Rev.	Supreme Court Review
Syd. Law. Rev.	Sydney Law Review
SZ	Süddeutsche Zeitung
Tbd.	Teilband
Teilurt.	Teilurteil
Tex. Law Rev.	Texas Law Review
Tex. Law Rev. See Also	Texas Law Review See Also (Z)
Theor. Inq. Law	Theoretical Inquiries in Law (Z)
Theory Decis.	Theory and Decision (Z)
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter

ThürVerfGHG	Gesetz über den Thüringer Verfassungsgerichtshof
u. a.	und andere
überarb.	überarbeitet
Übers.	Übersetzung
UK	United Kingdom
UKSC	Supreme Court of the United Kingdom
UN	United Nations
Univ. Calif. Davis Law Rev.	University of California Davis Law Review
Univ. Cincinnati Law Rev.	University of Cincinnati Law Review
Univ. Coll. Lond. Hum. Rights Rev.	University College London Human Rights Review
Univ. Pa. J. Const. Law	University of Pennsylvania Journal of Constitutional Law
Univ. Pa. J. Int. Law	University of Pennsylvania Journal of International Law
Univ. Pa. Law Rev.	University of Pennsylvania Law Review
Univ. San Franc. Law Rev.	University of San Francisco Law Review
Univ. Toledo Law Rev.	University of Toledo Law Review
Univ. Tor. Law J.	University of Toronto Law Journal
URL	Uniform Resource Locator
Urt.	Urteil
US, USA	United States (of America)
U. S.	United States Reports
usw.	und so weiter
v.	versus/von, vom
v. a.	vor allem
Va. Law Rev.	Virginia Law Review
Vanderbilt Law Rev.	Vanderbilt Law Review
Var.	Variante
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
v. Chr.	vor Christus
Verf.	Verfasser
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VerwP	Verwaltungspraxis (Z)
VerwRspr	Verwaltungsrechtsprechung in Deutschland – Sammlung obergerichtlicher Entscheidungen aus dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee (Z)
VuR	Verbraucher und Recht (Z)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staats- rechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
Wash. Univ. Law Q.	Washington University Law Quarterly
WDO	Wehrdisziplinarordnung
William Mary Bill Rights J.	William and Mary Bill of Rights Journal
William Mary Law Rev.	William and Mary Law Review



Windsor Yearb. Access Justice	Windsor Yearbook of Access to Justice
Wis. Law Rev.	Wisconsin Law Review
WTO	World Trade Organization
Yale Law J.	Yale Law Journal
Z	Zeitschrift
z. B.	zum Beispiel
ZDRW	Zeitschrift für Didaktik der Rechtswissenschaft
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZfRSoz	Zeitschrift für Rechtssoziologie
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
zit. n.	zitiert nach
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZPO	Zivilprozessordnung
ZPol	Zeitschrift für Politikwissenschaft
ZRGGA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte; Germanistische Abteilung
ZRGKA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte; Kanonistische Abteilung
ZRGRA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte; Romanistische Abteilung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für (deutschen) Zivilprozess

## A. Grundlagen

### I. Richtermehrheit als Forschungsgegenstand

Das Mehrheitsprinzip ist eine Selbstverständlichkeit. Das Mehrheitsprinzip ist aber auch ein immerwährendes Problem. Seine Anwendung als Entscheidungsregel in Kollegialgerichten gilt es wissenschaftlich zu ergründen.

#### 1. Zwischen Selbstverständlichkeit und Problemen

Majoritäre Entscheidungen sind in unserer Gesellschaft omnipräsent. Gesetze werden von der Parlamentsmehrheit verabschiedet,<sup>1</sup> Aktionärsversammlungen<sup>2</sup> treffen ebenso Mehrheitsbeschlüsse wie der Deutsche Ethikrat,<sup>3</sup> und Freunde oder Arbeitskollegen entscheiden per Mehrheit, in welcher Gaststätte sie zu Mittag essen. Bereits vor mehr als hundert Jahren wurde dementsprechend festgehalten:

Überall gilt, was die Mehrheit will, als Ausdruck des Gemeinwillens. [...] Infolge solcher allgemeinen Anerkennung nehmen wir heute das Majoritätsprinzip als etwas Selbstverständliches hin und zerbrechen uns nicht viel den Kopf darüber, warum denn hier überall der Teil so viel gilt wie das Ganze.<sup>4</sup>

Als besonders selbstverständlich darf die Anwendung des Mehrheitsprinzips im demokratischen Verfassungsstaat gelten.<sup>5</sup> Das Bundesverfassungsgericht zählt das Mehrheitsprinzip zu den fundamentalen Funktionselementen des in Art. 20 Abs. 1 und 2 GG verankerten Demokratieprinzips.<sup>6</sup> Im Schrifttum wird es auch zum verfassungsänderungsfesten Kern des Grundgesetzes gerechnet.<sup>7</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe nur Art. 42 Abs. 2 Satz 1 GG.

<sup>2</sup> § 133 Abs. 1 AktG.

<sup>3</sup> § 2 Abs. 1 Satz 2 Geschäftsordnung des Deutschen Ethikrats. Für ein (besonders eklatantes) Beispiel siehe *J. F. Lindner*, Deutscher Ethikrat als *praeceptor iurisdictionis*?, ZRP 2017, S. 148 (148 f.).

<sup>4</sup> *O. v. Gierke*, Über die Geschichte des Majoritätsprinzips, Schmall. Jb. 39 (1915), S. 565 (565). Für die heutige Zeit vgl. etwa *C. Knauer*, Die Kollegialentscheidung im Strafrecht, 2001, S. 12: »Der dem Majoritätsprinzip unterworfenen Beschlüsse ist auf allen Ebenen unserer modernen Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit.«

<sup>5</sup> *R. Mußgnug*, Das Mehrheitsprinzip, in: Breuer u. a. (Hrsg.), FS Klein, 2013, S. 249 (251).

<sup>6</sup> BVerfG, Urt. v. 21.05.1952 – 2 BvH 2/52 –, BVerfGE 1, 299 (315); BVerfG, Urt. v. 23.10.1952 – 1 BvB 1/51 –, BVerfGE 2, 1 (12 f.); BVerfG, Urt. v. 17.08.1956 – 1 BvB 2/51 –,

Ganz so selbstverständlich, wie man auf den ersten Blick annehmen könnte,<sup>8</sup> ist das Mehrheitsprinzip aber doch nicht<sup>9</sup> – weder demokratietheoretisch noch verfassungsrechtlich. Es entbehrt »bis heute jener Eindeutigkeit und Einsichtigkeit, die jedes Nachfragen erübrigte.«<sup>10</sup> Erstens werden keineswegs alle Entscheidungen im demokratischen Verfassungsstaat Deutschlands per Mehrheit getroffen. Man denke nur an Bundestagswahlen, die grundsätzlich nach einem Verhältniswahlrecht erfolgen und damit nicht dem Mehrheitsprinzip, sondern dem Proportionalprinzip unterliegen.<sup>11</sup> Erst im Bundestag als dem über die Gesetzgebung entscheidenden Organ gilt das Mehrheitsprinzip. Für andere staatliche Kollegialorgane wiederum lässt sich die Geltung des Mehrheitsprinzips nicht ohne Weiteres aus dem Demokratieprinzip des Art. 20 GG ableiten.<sup>12</sup>

BVerfGE 5, 85 (197 ff.); BVerfG, Beschl. v. 06.10.1970 – 2 BvR 225/70 –, BVerfGE 29, 154 (165); BVerfG, Urt. v. 02.03.1977 – 2 BvE 1/76 –, BVerfGE 44, 125 (141); BVerfG, Urt. v. 08.12.2004 – 2 BvE 2/03 –, BVerfGE 112, 118 (140 f.).

<sup>7</sup> C. Vismann, in: AK GG, 3. Aufl. 2001, 2. AL 2002, Art. 79 Rn. 57; G. Robbers, in: Bonner Kommentar GG, 137. Akt. 2008, Art. 20 Abs. 1 Rn. 514; H. Dreier, in: ders. (Hrsg.), GG, Bd. II, 3. Aufl. 2015, Art. 79 Rn. 37; M. Sachs, in: ders. (Hrsg.), GG, 8. Aufl. 2018, Art. 79 Rn. 66; J. Dietlein, in: BeckOK GG, Art. 79 Rn. 39; vgl. auch M. Herdegen, in: Maunz/Dürig (Begr.), GG, 72. EL 2014, Art. 79 Rn. 127.

<sup>8</sup> E. Benda, Konsens und Mehrheitsprinzip im Grundgesetz und in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: Hattenhauer/Kaltefleiter (Hrsg.), Mehrheitsprinzip, Konsens und Verfassung, 1986, S. 61 (61 f.), geht so weit, die Rechtfertigungsbedürftigkeit des Mehrheitsprinzips schlechthin zu leugnen. Drastisch W. Kendall, The Majority Principle and the Scientific Elite, South. Rev. 4 (1938/39), S. 463 (465), nach dem man das Mehrheitsprinzip entweder für »self-evident« hält oder nicht – und deshalb über seine Geltung nicht diskutieren, sondern nur darum kämpfen kann.

<sup>9</sup> So auch U. K. Jacobs, »Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen«, NJW 1989, S. 3205 (3206).

<sup>10</sup> H.-D. Horn, Mehrheit im Plebiszit, Der Staat 38 (1999), S. 399 (400).

<sup>11</sup> Wenn U. Volkmann, in: Berliner Kommentar GG, 1. EL 2001, Art. 20 4. Teil Rn. 25, die Wahl als Beispiel für einen Bereich anführt, in dem das Mehrheitsprinzip »kraft des Demokratieprinzips« auch ohne ausdrückliche Verankerung gelte, so kann dies nur für direkte Wahlen einzelner Personen (Wahlkreisabgeordnete, Bürgermeister) zutreffen. Zum Unterschied und Verhältnis zwischen »legislativem Mehrheitsprinzip« und »elektoralem Proporzprinzip« ausführlich S. Ganghof, Politische Gleichheit und echte Mehrheitsdemokratie, ZPol 15 (2005), S. 741 ff.; vgl. auch ders./C. Stecker, Das institutionelle Design parlamentarischer Demokratien, in: Ganghof/Hönninge/Stecker (Hrsg.), FS Döring, 2009, S. 215 (216 ff.). Vgl. auch bereits H. Kelsen, Allgemeine Staatslehre, 1925, S. 346 f.; ferner M. Jestaedt, Demokratieprinzip und Kondominalverwaltung, 1993, S. 190, der im Zusammenhang des »Dualismus von Volkswillensbildung und Staatswillensbildung« zwischen »Wahl als Kurations- und« Mehrheitsprinzip »als Entscheidungsmethode« differenziert (ohne jedoch näher auf den Unterschied einzugehen). P. Pernthaler, Allgemeine Staatslehre und Verfassungslehre, 1986, S. 208, weist daraufhin, dass der »Gegensatz von Mehrheits- und Verhältnismäßigkeitsprinzip« über das Wahlrecht hinaus »auch im Regierungssystem« und »in der Zusammensetzung von Beiräten und Kollegialbehörden« virulent wird; ein gutes (wenn auch die Legislative, nicht die Exekutive betreffendes) Beispiel dafür ist der Kontrast zwischen der Besetzung von Ausschussvorsitzen im Bundestag (Fraktionsproporz, § 12 Satz 1 GOBT) und im US-Repräsentantenhaus (allein die Mehrheit kommt zum Zug, Rule X.5.(c)(1) Rules of the House of Representatives).

<sup>12</sup> B. Grzeszick, in: Maunz/Dürig (Begr.), GG, 57. EL 2010, Art. 20 II Rn. 45.

Zweitens gilt das Mehrheitsprinzip nicht uneingeschränkt. Verfassungsrechtliche Begrenzungen der demokratischen Mehrheit ergeben sich aus dem Rechtsstaatsprinzip und aus qualifizierten Mehrheitserfordernissen.<sup>13</sup> Drittens beschäftigt sich die Entscheidungstheorie spätestens seit dem 18. Jahrhundert und bis auf den heutigen Tag mit den technischen Problemen des Mehrheitsprinzips, vor allem mit der Frage, wie bei mehr als zwei Entscheidungsoptionen die Mehrheit festzustellen ist.<sup>14</sup>

Dementsprechend hat sich die deutsche Staats(rechts)wissenschaft, wenn auch erst nach langer Zurückhaltung,<sup>15</sup> ab den 1970er Jahren und insbesondere in den 1980er Jahren eingehend mit dem Mehrheitsprinzip in der Demokratie befasst und es auf seine Geschichte, Rechtfertigung, Voraussetzungen und Grenzen hin untersucht.<sup>16</sup> Wenngleich einschränkend festgehalten werden muss, dass diese Beiträge nicht durchgängig die nötige begriffliche und theo-

<sup>13</sup> Vgl. R. Mußnug, Das Mehrheitsprinzip, in: Breuer u. a. (Hrsg.), FS Klein, 2013, S. 249 (252 f., 257 f.). Zur Diskussion darüber, welche Beschränkungen des Mehrheitsprinzips die Demokratie erfordert, vgl. etwa H. McClosky, The Fallacy of Absolute Majority Rule, J. Politics 11 (1949), S. 637 ff.; W. Kendall, Prolegomena to Any Future Work on Majority Rule, J. Politics 12 (1950), S. 694 ff. Allgemein zu qualifizierten Mehrheiten J. Jaconelli, Majority Rule and Special Majorities, Public Law 1989, S. 587 ff.

<sup>14</sup> Siehe noch unten II.1.

<sup>15</sup> Vgl. P. Häberle, Das Mehrheitsprinzip als Strukturelement der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, JZ 1977, S. 241 (241). Aus vor-bundesrepublikanischer Zeit liegen, in ihrem Umfang beschränkte, Beiträge zum Mehrheitsprinzip vor von G. Jellinek, Das Recht der Minoritäten, 1898; W. Starosolskyj, Das Majoritätsprinzip, 1916; R. Thoma, Das Mehrheitsprinzip, DLZ 40 (1919), Sp. 761 ff.; H. Kelsen, Allgemeine Staatslehre, 1925, S. 322 ff.; ders., Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. Aufl. 1929, S. 8 ff., 53 ff.; C. Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze, 1958, S. 284 f., 294 ff.; ders., Verfassungslehre, 10. Aufl. 2010, S. 224, 278 ff.; R. Smend, Staatsrechtliche Abhandlungen, 2. Aufl. 1968, S. 151 f., 221. (Zu Kelsen siehe noch unten B.IV.1.) Aus der Frühzeit der Bundesrepublik relativ wenig ertragreich H. Höpker, Grundlagen, Entwicklung und Problematik des Mehrheitsprinzips, 1957.

<sup>16</sup> U. Scheuner, Das Mehrheitsprinzip in der Demokratie, 1973; P. Häberle, a. a. O., passim; C. Gusy, Das Mehrheitsprinzip im demokratischen Staat, AöR 106 (1981), S. 329 ff.; W. Heun, Das Mehrheitsprinzip in der Demokratie, 1983; H. Dreier, Das Majoritätsprinzip im demokratischen Verfassungsstaat, ZParl 17 (1986), S. 94 ff.; R. Zippelius, Zur Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips in der Demokratie, 1987. Zur politikwissenschaftlichen Diskussion der 1980er Jahre siehe die Sammelbände von B. Guggenberger/C. Offe (Hrsg.), An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie, 1984; H. Hattenhauer/W. Kaltefleiter (Hrsg.), Mehrheitsprinzip, Konsens und Verfassung, 1986; A. Rauscher (Hrsg.), Mehrheitsprinzip und Minderheitenrecht, 1988; ferner T. Saretzki, Das Mehrheitsprinzip – demokratisches Entscheidungsverfahren ohne Alternative?, Gegenwartskunde 1984, S. 239 ff.; T. Helfen, Die Kritik am Mehrheitsprinzip als Herausforderung der repräsentativen Demokratie, 2 Bd., 1992. Jüngere rechtswissenschaftliche Beiträge liegen vor von C. Hillgruber, Die Herrschaft der Mehrheit, AöR 127 (2002), S. 460 ff.; ders., Mehrheitsprinzip, in: Kube u. a. (Hrsg.), FS Kirchhof, Bd. I, 2013, § 61; J. Krüper, Das Glück der größten Zahl, ZJS 2009, S. 477 ff.; R. Mußnug, Das Mehrheitsprinzip, in: Breuer u. a. (Hrsg.), FS Klein, 2013, S. 249 ff. Umfassend zur Ausgestaltung des Mehrheitsprinzips im geltenden Verfassungsrecht von Bund und Ländern N. Magsaam, Mehrheit entscheidet, 2014. Zur Geschichte des Mehrheitsprinzips ausführlich E. Flaig, Die Mehrheitsentscheidung, 2013, und noch überblicksweise m. w. N. unten IV.

retische Schärfe aufweisen, so ist das Mehrheitsprinzip in der Demokratie damit jedenfalls in den Grundzügen umfassend erforscht worden.

In diesen Untersuchungen hingegen kaum beachtet, ja in der Rechtswissenschaft generell »häufig übersehen«<sup>17</sup> wird, dass auch Kollegialgerichte per Mehrheit entscheiden. In Texten über das Mehrheitsprinzip werden Gerichte meist nur en passant erwähnt.<sup>18</sup> Diese geringe Beachtung des kollegialgerichtlichen Mehrheitsprinzips überrascht, stehen doch gerade Gerichte zentral im Fokus sowohl der Rechtsphilosophie und -theorie<sup>19</sup> als auch der Rechtsdogmatik. Das Thema betrifft auch praktisch nicht wenige Fälle, da Kollegialgerichte im deutschen Gerichtsverfassungsrecht die Regel, Einzelrichter hingegen die Ausnahme bilden. Vom Amtsgericht bis zum Bundesverfassungsgericht werden Verfahren von Spruchkörpern entschieden, die mit mehreren Richtern besetzt sind.<sup>20</sup> Davon, dass diese Richterkollegien immer oder fast immer im Konsens urteilen, kann nicht ausgegangen werden. Der Streit unter Juristen ist sprichwörtlich: »zwei Juristen, drei Meinungen.«<sup>21</sup> Denn:

Häufig oder fast immer kann man bei der Feststellung von Tatsachen wegen unterschiedlicher Bewertungskriterien und bei der Auslegung und Anwendung von Rechtsnormen verschiedener Meinung sein.<sup>22</sup>

Nicht erst im 19. Jahrhundert »mußte man dann auch, zumal wo eine größere Zahl von Urtheilern berufen war, die Erfahrung machen, wie selten eine vollständige Einstimmigkeit sei.«<sup>23</sup> Wie viele Gerichtsurteile heutzutage tatsächlich subunanim ergehen, lässt sich empirisch zwar schwer feststellen, da, außerhalb des Bundesverfassungsgerichts,<sup>24</sup> weder die Stimmenverhältnisse veröffentlicht

<sup>17</sup> C. Möllers, Die Möglichkeit der Normen, 2015, S. 45.

<sup>18</sup> Vgl. U. Scheuner, Das Mehrheitsprinzip in der Demokratie, 1973, S. 13, 25, 47 ff. Erfreulich, zumal für einen Ausbildungsaufsatz, ist die separate (letztlich aber ebenfalls nur knappe) Behandlung von Gerichten bei J. Krüper, Das Glück der größten Zahl, ZJS 2009, S. 477 (479, 483).

<sup>19</sup> J. Waldron, Law and Disagreement, 1999, S. 9, meint sogar, zeitgenössische Rechtsphilosophen seien »intoxicated with courts«.

<sup>20</sup> Siehe noch unten V.1.a).

<sup>21</sup> Vgl. auch A. Hamilton, The Federalist No. 22, in: ders./Madison/Jay, The Federalist, 2003, S. 104: »There are endless diversities in the opinions of men. We often see not only different courts, but the judges of the same court, differing from each other.«

<sup>22</sup> K.-M. Orloff, in: Schoch/Schneider/Bier (Hrsg.), VwGO, 20. EL 2010, § 104 Rn. 77.

<sup>23</sup> Abegg, Beiträge zur Lehre von der Rechtsfindung durch Richter-Kollegien, Archiv für Preußisches Strafrecht 6 (1858), S. 738 (748).

<sup>24</sup> Für das BVerfG hält R. Lamprucht, Oligarchie in Karlsruhe, NJW 1994, S. 3272 (3272), fest: »Die Mehrheit im Gericht hängt oft genug an einer Stimme«; siehe auch ders., Vom Untertan zum Bürger, NJW 2009, S. 1454 (1456). Vom BVerfG kann indes nicht auf die Judikative insgesamt geschlossen werden. Erstens wird auch beim BVerfG nicht jeder Dissens aufgedeckt. Zweitens bestehen in der Thematik der Entscheidungen deutliche Unterschiede zwischen Fach- und Verfassungsgerichtsbarkeit. Drittens läuft die Beratung und Abfassung der Urteile beim BVerfG anders ab als bei Fachgerichten.

werden noch ein Sondervotum zulässig ist.<sup>25</sup> Doch unabhängig davon, wie häufig sie vorkommen, sind Fälle, in denen sich die Richter eines Spruchkörpers nicht einigen, schon wegen dieses Dissenses interessant, da gerade in diesen ›hard cases‹ – den schwierigen Fällen, die allein »sowohl das wissenschaftliche wie das praktische Interesse«<sup>26</sup> wecken<sup>27</sup> – die Frage aufkommt, wie denn das Urteil des Gerichts angesichts der unterschiedlichen Ansichten der einzelnen Richter lauten soll.

Für das Mehrheitsprinzip stellen sich hier dieselben Fragen wie bei seiner Anwendung auf demokratische Entscheidungen. Erstens: Warum soll die von einer (möglicherweise nur knappen) Richtermehrheit befürwortete Entscheidung gelten? Ist sie die (vermutlich) richtige Entscheidung? Oder gilt das Mehrheitsprinzip allein aus Gründen prozeduraler Fairness? Oder ist es gar »nur ein formales Mittel, um zu einem Ergebnis zu gelangen«<sup>28</sup>? Zweitens: Unterliegt das Mehrheitsprinzip gewissen Grenzen, wie etwa qualifizierten Mehrheitsanforderungen für bestimmte Arten von Gerichtsurteilen? Drittens: Wie genau wird die Mehrheitsentscheidung aus den Meinungen der einzelnen Richter gewonnen? Wie wird mit weiteren Umsetzungsproblemen, etwa mit einer Stimmengleichheit, umgegangen? Die Antworten sind keineswegs notwendig dieselben wie bei demokratisch-politischen Entscheidungen, vielmehr wegen des grundsätzlich anderen Kontextes von Gerichtsentscheidungen sogar sehr wahrscheinlich andere.<sup>29</sup>

Im Folgenden soll deshalb diesen Fragen nach Rechtfertigung, Grenzen und Umsetzung des Mehrheitsprinzips in der Judikative nachgegangen werden. Sie sind bisher in der Rechtswissenschaft in unterschiedlichem Ausmaß behandelt worden. Die Frage nach der Rechtfertigung ist für Kollegialgerichte in Deutschland mit Ausnahme der erwähnten kurzen Bemerkungen in den Untersuchun-

<sup>25</sup> Zu den Mehrheitsverhältnissen an US-amerikanischen Obergerichten vgl. *R. J. Sickels*, The Illusion of Judicial Consensus, *Am. Political Sci. Rev.* 59 (1965), S. 100 ff.; *S. Goldman*, Conflict and Consensus in the United States Courts of Appeals, *Wis. Law Rev.* 1968, S. 461 ff.; *ders.*, Voting Behavior on the United States Courts of Appeals, *Am. Political Sci. Rev.* 69 (1975), S. 491 ff. Zu 5:4-Entscheidungen am US Supreme Court vgl. *R. E. Riggs*, When Every Vote Counts, *Hofstra Law Rev.* 21 (1993), S. 667 ff.

<sup>26</sup> *C. Schmitt*, Gesetz und Urteil, 2. Aufl. 1969, S. 5 f.

<sup>27</sup> So statuiert *E. Benda*, ZRP-Rechtsgespräch, ZRP 1995, S. 427 (428), für das BVerfG: »Die meisten umstrittenen Entscheidungen sind Mehrheitsentscheidungen.« Gemeint sind politisch, d. h. außerhalb des Gerichts, umstrittene Entscheidungen.

<sup>28</sup> So (explizit für Gerichte) *U. Scheuner*, Das Mehrheitsprinzip in der Demokratie, 1973, S. 47.

<sup>29</sup> Vgl. *A. Gutmann*, Deliberative Democracy and Majority Rule, in: Koh/Slye (Hrsg.), *Deliberative Democracy and Human Rights*, 1999, S. 227 (231 f.): »We misleadingly speak of ›the majority principle‹ when we imply that the same principle, or the same justificatory grounds, justifies majority rule in the Supreme Court, majority rule in juries, majority rule in determining legislative representation, and majority rule in amending the constitution, even though the context and content of these practices and their political purposes are very different« (Herv. i. O.).

gen zum Mehrheitsprinzip in der Demokratie bisher nicht gestellt worden. In den USA wurde sie von Jeremy Waldron wiederholt aufgeworfen<sup>30</sup> und schließlich eigens in einem Aufsatz<sup>31</sup> behandelt. Grenzen des Mehrheitsprinzips sind hauptsächlich in Bezug auf erhöhte Mehrheitserfordernisse beim Bundesverfassungsgericht, insbesondere unter dem Blickwinkel einer möglichen Ausweitung, erörtert worden.<sup>32</sup> Am meisten behandelt wurden die Fragen der Umsetzung des Mehrheitsprinzips in seiner Anwendung auf die kollegialgerichtliche Abstimmung. Insbesondere das Problem der Abstimmungsmethode, d. h. wie genau aus den Ansichten der einzelnen Richter ein Kollegialurteil gewonnen wird, wurde vom frühen 19. Jahrhundert bis hinein ins 20. Jahrhundert diskutiert.<sup>33</sup> In den USA ist die kollegialgerichtliche Abstimmungsmethode unter anderen Vorzeichen ab Beginn der 1990er Jahre zum Thema geworden.<sup>34</sup> In den letzten Jahren ist in Deutschland ein etwas gestiegenes Interesse an der kollegialgerichtlichen Abstimmung, vor allem aus historischer und komparativer Perspektive, zu verzeichnen.<sup>35</sup>

<sup>30</sup> Insb. *J. Waldron*, *Deliberation, Disagreement, and Voting*, in: Koh/Slye (Hrsg.), a. a. O., S. 210 (214 ff.); *ders.*, *The Core of the Case Against Judicial Review*, *Yale Law J.* 115 (2006), S. 1346 (1391 ff.). Ferner *ders.*, *Rights and Majorities: Rousseau Revisited*, in: Chapman/Wertheimer (Hrsg.), *Majorities and Minorities*, 1990, S. 44 (67 f.); *ders.*, *Freeman's Defense of Judicial Review*, *Law Philos.* 13 (1994), S. 27 (31 f.); *ders.*, *Law and Disagreement*, 1999, S. 306; *ders.*, *A Majority in the Lifeboat*, *Boston Univ. Law Rev.* 90 (2010), S. 1043 (1044). Hintergrund ist Waldrons Kritik an ›judicial review‹, also der verfassungsrechtlichen Normenkontrolle durch den Supreme Court, eine vorgeblich ›anti-majoritarian‹, aber selbst auch nur per Mehrheit entscheidende Instanz. Dieser Umstand ist freilich auch anderen aufgefallen, von diesen aber nicht mit demselben Impetus vorgetragen worden; vgl. etwa *A. Wertheimer*, *Internal Disagreements*, in: Macedo (Hrsg.), *Deliberative Politics*, 1999, S. 170 (183 En. 12). Den Versuch einer Antwort auf Waldrons Frage unternehmen *G. Krishnamurthi u. a.*, *An Elementary Defense of Judicial Majoritarianism*, *Tex. Law Rev.* See Also 88 (2009), S. 33 ff. Vgl. auch *T. Nagel*, *Waldron on Law and Politics*, in: *ders.*, *Concealment and Exposure*, 2002, S. 141 ff.; *R. Dworkin*, *Response*, *Boston Univ. Law Rev.* 90 (2010), S. 1059 (1085 ff.); *ders.*, *Gerechtigkeit für Igel*, 2014, S. 803 ff.; *T. Bustamante*, *The Ongoing Search for Legitimacy*, *Mod. Law Rev.* 78 (2015), S. 372 (381 ff., 389 ff.).

<sup>31</sup> *J. Waldron*, *Five to Four: Why Do Bare Majorities Rule on Courts?*, *Yale Law J.* 123 (2014), S. 1692 ff.

<sup>32</sup> *T. v. Danwitz*, *Qualifizierte Mehrheiten für normverwerfende Entscheidungen des BVerfG?*, *JZ* 1996, S. 481 ff.; *N. Magsaam*, *Mehrheit entscheidet*, 2014, S. 323 ff.

<sup>33</sup> Vgl. *G. Mellinghoff*, *Fragestellung, Abstimmungsverfahren und Abstimmungsgeheimnis im Strafverfahren*, 1988. Ausführlich unten D.I.4.d)bb(1).

<sup>34</sup> Siehe nur *L. A. Kornhauser/L. G. Sager*, *The One and the Many*, *Calif. Law Rev.* 81 (1993), S. 1 ff. Siehe noch unten D.I.1.b), 4.d)bb(3) sowie die Nachweise in D. Fn. 363.

<sup>35</sup> Siehe *W. Ernst*, *Abstimmen über Rechtserkenntnis*, *JZ* 2012, S. 637 ff.; *ders.*, *Rechtserkenntnis durch Richtermehrheiten*, 2016. Vgl. dazu auch *G. Lübke-Wolff*, *Rezension*, *Der Staat* 56 (2017), S. 311 ff.; *R. Hyland*, *Rezension*, *Quad. fior.* 47 (2018), S. 560 ff.; *P. Oestmann*, *Rezension*, *ZRGG* 135 (2018), S. 480 ff.

## 2. Ziel und Gang der Untersuchung

Das Mehrheitsprinzip in der Judikative mag, ganz ähnlich wie in der Demokratie, als Selbstverständlichkeit erscheinen. Aber es lohnt sich, es rechtsphilosophisch zu hinterfragen. Das Selbstverständliche auf den Prüfstand zu stellen ist gerade die Aufgabe der Philosophie.<sup>36</sup> Sie versucht dabei nicht lediglich, dem Bestehenden im Nachhinein einen Sinn abzugewinnen, sondern sie zwingt uns, das uns Vertraute neu zu sehen, unsere unausgesprochenen Annahmen offenzulegen und diese auf ihre Überzeugungsfähigkeit und Anwendbarkeit abzuklopfen; sie konfrontiert uns mit dem, was wir schon wissen, lädt uns zum Nachdenken ein und führt uns zu einer neuen Sichtweise auch auf das Altbekannte:<sup>37</sup> »Once the familiar turns strange, it's never quite the same again.«<sup>38</sup>

Demnach soll das Mehrheitsprinzip in der Judikative auf seine Rechtfertigung, Grenzen und Umsetzung hin untersucht werden. Die vorliegende Arbeit ist deshalb die normativ-rechtsphilosophische Untersuchung einer rechtlichen Institution, genauer gesagt eines Teilausschnitts der Institution »Kollegialgericht«, nämlich der Rechtsnormen, die das Zustandekommen der kollegialgerichtlichen Entscheidung durch Abstimmung regeln. Die Untersuchung geht dabei auf einer mittleren Abstraktionsebene vor, da sie das Mehrheitsprinzip in der Judikative nicht als universelles Phänomen, sondern stets im Kontext der deutschen Rechts- und Verfassungsordnung beleuchtet. (Gleichwohl werden viele der Überlegungen und Erkenntnisse auch auf die Gerichtsbarkeiten anderer Länder anwendbar sein.) Ihr liegt damit auch ein bestimmtes Verständnis von Gerichten zugrunde,<sup>39</sup> nämlich das eines deutschen Instanzgerichts, dessen Aufgabe sowohl Rechtsfindung als auch Tatsachenfindung sind. Als Paradig-

<sup>36</sup> *J. Waldron*, Five to Four: Why Do Bare Majorities Rule on Courts?, *Yale Law J.* 123 (2014), S. 1692 (1706). Vgl. auch *G. Abel*, Was ist und was kann Philosophie?, in: Sandkühler (Hrsg.), *Philosophie, wozu?*, 2008, S. 15 (20).

<sup>37</sup> Vgl. für die Ethik *R. Spaemann*, Glück und Wohlwollen, 5. Aufl. 2009, S. 157: »Die philosophische Reflexion hat eher die Aufgabe, dieses immer schon vorhandene Wissen auf die in ihm waltenden Prinzipien hin durchsichtig zu machen. Allerdings ist die Prinzipienreflexion nicht folgenlos. Sie hat erstens eine kritische Funktion dadurch, daß sie Widersprüche und Inkonsequenzen in unserem normalen Verhalten und auch in unseren unreflektierten sittlichen Überzeugungen aufdeckt und sie von der tieferen Einsicht aus korrigiert. [...] Zweitens aber dient sie zur Orientierung in Grenzfällen oder in neuen Problemfeldern, also dort, wo traditionelle Handlungsregeln und unmittelbare Intuitionen uns im Stich lassen.« Man darf dies über die Ethik hinaus jedenfalls auf die gesamte praktische Philosophie erstrecken.

<sup>38</sup> Michael Sandel in Teil 1 seiner Vorlesung »Justice: What's the Right Thing to Do?«, abrufbar als Video auf YouTube v. 04.09.2009, URL = <https://youtube.com/watch?v=kBdfcR-8hEY> (18:49); zuletzt abgerufen am 15.03.2020.

<sup>39</sup> Es ist ein Manko vieler rechtsphilosophischer Untersuchungen, dass ihr Gerichtsverständnis nicht offengelegt wird. So schreibt bspw. *J. Waldron*, Five to Four: Why Do Bare Majorities Rule on Courts?, *Yale Law J.* 123 (2014), S. 1692 ff., allgemein von »courts«, hat aber offensichtlich das spezielle Bild des US Supreme Court vor Augen.



men dienen der Untersuchung zum einen der streitige Zivilprozess<sup>40</sup>, zum anderen der Strafprozess. Daneben werden auch die Verfassungsgerichtsbarkeit, hauptsächlich<sup>41</sup> in Form des Bundesverfassungsgerichts,<sup>42</sup> sowie, im Fall von Besonderheiten, die Revisionsgerichte beleuchtet.

Diese Teil-Untersuchung der kollegialgerichtlichen Entscheidungsfindung soll zu einem besseren Verständnis richterlicher Tätigkeit beitragen, um das Verständnis für die Problematik justizieller Institutionen zu vertiefen und um ein Teilstück einer realistischen Grundlage für normative Theorien von Rechtsprechung und juristischer Begründungsmethodik zu schaffen.<sup>43</sup> Die Untersuchung soll so auch einen juristischen Beitrag zur Social-Choice-Theorie, der Theorie kollektiver Entscheidungen,<sup>44</sup> oder besser: einen social-choice-theoretischen Beitrag zur Rechtswissenschaft leisten. Wie die Social-Choice-Theorie ist die Untersuchung nicht deskriptiv, indem sie sich mit tatsächlichem Entscheidungsverhalten befasst,<sup>45</sup> sondern normativ, denn ihr »geht es um Kriterien: um Regeln und Strategien, um Techniken, Programme und Kalküle *richtigen* Entscheidungs.«<sup>46</sup> Materialobjekt der Untersuchung sind also kollegialgerichtliche Abstimmungen, ihr Formalobjekt deren normative Bedingungen.<sup>47</sup>

Bevor in die Untersuchung eingestiegen werden kann, sollen vorab im Rest dieses Kapitels einige Grundlagen geschaffen werden. Zunächst wird das kollegialgerichtliche Urteil in einer social-choice-theoretischen Grundlegung als kollektive Entscheidung eingeordnet (II.). Darauf folgen eine begriffliche Klärung (III.) sowie ein kurzer Abriss der Geschichte des Mehrheitsprinzips mit besonderem Fokus auf die Entwicklung in der Judikative (IV.), bevor die geltenden Regelungen des deutschen und europäischen Gerichtsverfassungsrechts

<sup>40</sup> Dabei wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass es sich bei beiden Parteien um Bürger handelt, also nicht auf einer Seite der Staat steht.

<sup>41</sup> Auf die Landesverfassungsgerichte wird eingegangen, soweit sie Besonderheiten aufweisen.

<sup>42</sup> Auch die Verfassungsgerichtsbarkeit umfasst sowohl Rechts- als auch Tatsachenfindung. Zur Tatsachenfindung durch das BVerfG noch unten C.I.2.b).

<sup>43</sup> Vgl. *K. M. Quinn*, *The Academic Study of Decision Making on Multimember Courts*, *Calif. Law Rev.* 100 (2012), S. 1493 (1497, 1501).

<sup>44</sup> Dazu sogleich II.1.

<sup>45</sup> Eine besonders interessante deskriptive Frage ist die nach psychologischen Effekten innerhalb von Kollegialgerichten. Sie ist, jenseits allgemeiner Untersuchungen zu Kleingruppenverhalten, wenig erforscht. Gewisse Ansätze finden sich im empirischen Schrifttum zu den Vor- und Nachteilen des Kollegialgerichts im Vergleich zum Einzelrichter (siehe unten B. Fn. 82). Die hiesige Untersuchung geht vereinzelt auf rechtspsychologische Erkenntnisse ein, ohne einen eigenständigen Beitrag leisten zu können.

<sup>46</sup> *O. Höffe*, *Entscheidungstheoretische Denkfiguren und die Begründung von Recht*, in: *Hassemer/Kaufmann/Neumann* (Hrsg.), *Argumentation und Recht*, 1980, S. 21 (23) (Herv. i. O.).

<sup>47</sup> Zu Material- und Formalobjekt siehe *D. Schlüter*, Art. »Materialobjekt/Formalobjekt«, in: *Ritter/Gründer* (Hrsg.), *HWPh*, Bd. 5, 1980, Sp. 870; *A. Kaufmann*, *Rechtsphilosophie, Rechtstheorie, Rechtsdogmatik*, in: *Hassemer/Neumann/Saliger* (Hrsg.), *Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart*, 9. Aufl. 2016, S. 1 (2 f.).

für Kollegialgerichte im Hinblick auf ihre Besetzung und Entscheidungsfindung dargestellt werden (V.). Die drei Kapitel des Hauptteils versuchen, die drei Fragen nach Rechtfertigung, Grenzen und Umsetzung des Mehrheitsprinzips in der Judikative zu beantworten (B.–D.). Die Untersuchung in Kapitel B zieht, nach einer Einordnung der Rechtfertigungsfrage in die Problematik der Legitimation von Gerichtsentscheidungen (B.I.), Rechtfertigungsargumente aus der Demokratietheorie<sup>48</sup> heran und erörtert deren Übertragbarkeit auf die Judikative. Die Argumente lassen sich in fünf Gruppen einteilen, deren Reihenfolge relativ gut widerspiegelt, wie hoch der Anspruch ist, mit dem sie auftreten: Natürlichkeitsargumente (B.II.), materielle Argumente (B.III.), teleologische Argumente (B.VI.), prozedurale Argumente (B.V.) und schließlich das Praktikabilitätsargument (B.VII.).<sup>49</sup> Kapitel C untersucht die Logik der Grenzen des Mehrheitsprinzips, d. h. von super- bzw. submajoritären Entscheidungsregeln, also von qualifizierten Mehrheiten (C.I.) und Einstimmigkeitserfordernissen (C.II.) einerseits und Minderheitsquoten (C.III.) andererseits. Kapitel D widmet sich schließlich der Umsetzung des Mehrheitsprinzips in der Judikative. Hauptthema ist dabei die Abstimmungsmethode (D.I.), also die Frage, wie angesichts des Umstands, dass jeder Gerichtsentscheidung eine logische Ableitung zugrunde liegt, aus den einzelnen Ansichten der Richter unter Anwendung des Mehrheitsprinzips ein Kollegialurteil zu gewinnen ist.<sup>50</sup> Das Kapitel befasst sich des Weiteren mit Erweiterungen gegenüber dem kollegialgerichtlichen Standardfall<sup>51</sup> (D.II.), nämlich mit den Problemen einer geraden Mitgliederzahl sowie nicht-binärer Entscheidungen, und geht abschließend kurz auf Folgen des Mehrheitsprinzips für die Begründung kollegialgerichtlicher Urteile ein (D.III.). Im Schlusskapitel E wird zum einen ein Gesamtfazit gezogen, zum anderen werden die Thesen der Untersuchung zusammenfassend aufgelistet.

---

<sup>48</sup> Zum Überblick *M. Risse*, *Arguing for Majority Rule*, *J. Political Philos.* 12 (2004), S. 41 (44f.).

<sup>49</sup> Die Untersuchung setzt dabei voraus, dass es Kollegialgerichte gibt, geht also nicht eigens der Frage nach, wie sich die Institution des Kollegialgerichts rechtfertigen lässt. Mitunter sind aber die in Kap. B behandelten Argumente nicht nur als geeignet zur Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips, sondern auch des Kollegialgerichts denkbar. Dies gilt insb. für das Richtigkeitsargument (vgl. noch B. Fn. 82). Daneben ist auch an das Praktikabilitätsargument zu denken; die Effizienz des Kollegialgerichts, insb. der Faktor Zeit, hängt allerdings maßgeblich von der Arbeitsteilung innerhalb des Spruchkörpers ab.

<sup>50</sup> Während Kap. B und C, mit der Ausnahme einiger auf Wahrscheinlichkeitsrechnung basierender Überlegungen, fast gänzlich ohne Formalisierungen auskommen, zieht die Untersuchung der Abstimmungsmethode vielfach die Methode und die Erkenntnisse der axiomatisch-logisch betriebenen Forschung zur Urteilsaggregation heran. Gleichwohl ist auch hier die Untersuchung ohne diesbezügliche Vorkenntnisse verständlich.

<sup>51</sup> Dazu unten III.

## II. Gerichtsurteile als kollektive Entscheidungen

Gerichte treffen Entscheidungen. Wo Entscheidungen getroffen werden sollen, sind drei elementare Fragen zu klären: Was (oder besser: worüber) soll entschieden werden? Wer soll entscheiden? Und wie soll entschieden werden? Für Gerichtsentscheidungen ergibt sich die Antwort auf die erste Frage aus dem Streitgegenstand des Prozesses. Die zweite Frage wird von den gerichtsverfassungsrechtlichen Regelungen über die Zuständigkeiten und die Besetzung der Gerichte beantwortet. Die dritte Frage schließlich betrifft das Zustandekommen einer Gerichtsentscheidung, also das gerichtliche Verfahren.

In Abhängigkeit von der Antwort auf die erste Frage kann die Antwort auf die zweite Frage lauten, dass der Entscheidungsträger nicht ein einzelner Richter, sondern ein Kollegialgericht ist. Die Antwort auf die dritte Frage bleibt in diesem Fall an sich unverändert. Das gerichtliche Verfahren hängt grundsätzlich nicht von der Zahl der Richter ab. Doch soll nicht ein Einzelrichter, sondern ein Richterkollegium entscheiden, müssen zusätzliche Regelungen über die Entscheidungsfindung geschaffen werden.<sup>52</sup> Ein einzelner Richter hat es leicht: Er fällt seine Entscheidung durch »persönliche Überlegung und EntschlieÙung«<sup>53</sup> in seinem Innern,<sup>54</sup> verkündet sie den Parteien und begründet sie in einer schriftlichen Urteilsfassung. Bei einem Kollegialgericht hingegen stellt sich in allen drei Phasen die Frage nach der Kollegialität, dem Verhältnis der Richter zueinander.<sup>55</sup> Macht sich jeder Richter für sich alleine seine Gedanken oder findet eine gemeinsame Beratung statt? Wie wird danach aus den Ansichten der einzelnen Richter eine Entscheidung des Gerichts? Wie und von wem wird die Begründung geschrieben?

Die Kollegialität wirkt sich somit auf alle drei Phasen der gerichtlichen Entscheidungsfindung aus.<sup>56</sup> Die hiesige Untersuchung fokussiert auf den »neu-

<sup>52</sup> Deswegen enthält das GVG mit seinem Sechzehnten Titel (»Beratung und Abstimmung«) eine Reihe von Vorschriften, die ausschließlich für Kollegialgerichte gelten; vgl. *O. R. Kissel/H. Mayer*, GVG, 9. Aufl. 2018, § 192 Rn. 1; *K. Schreiber*, in: *Wieczorek/Schütze* (Hrsg.), ZPO, Bd. 13, Tbd. 1, 4. Aufl. 2018, vor § 192 GVG Rn. 1. Die Begründung kollegialgerichtlicher Entscheidungen wird vom deutschen Gerichtsverfassungsrecht hingegen fast gar nicht geregelt; auch insofern ist die Regelung über das Sondervotum beim BVerfG (§ 30 Abs. 2 BVerfGG) eine Ausnahme.

<sup>53</sup> *K. Peters*, StrafprozeÙ, 4. Aufl. 1985, § 53 vor I (S. 483).

<sup>54</sup> Vgl. BGH, Beschl. v. 22.11.1957 – 5 StR 477/57 –, BGHSt 11, 74 (79). Vgl. ferner *Abegg*, Beiträge zur Lehre von der Rechtsfindung durch Richter-Kollegien, Archiv für Preußisches Strafrecht 6 (1858), S. 738 (738 f.).

<sup>55</sup> Vgl. etwa die (praxisorientierte) Darstellung des kollegialgerichtlichen Entscheidungsprozesses bei *N. Michel*, Beratung, Abstimmung und Beratungsgeheimnis, DRiZ 1992, S. 263 ff. Vgl. auch die zutreffende und umfangreiche Liste von Fragen bei *G. Lübbe-Wolff*, Rezension, Der Staat 56 (2017), S. 311 (311).

<sup>56</sup> Hinzu kommen die Kollegialität betreffende Regelungen für das Verfahren vor der eigentlichen Entscheidungsfindung. Hier ist v. a. an die Verfahrensleitung durch den Vorsitzen-

## Sach- und Personenverzeichnis

- Abstimmung 7 f., 10 f., 15, 24 f., 45, 47–49, 91 f., 310
- *siehe auch* Dilemma, diskursives
  - ~ nach Elementen 240, 242–246, 250, 269
  - ~ nach Gründen 235–237, 240
  - ~ nach Teilen 240, 246–249, 252–254, 267–269
  - ~smethode 23, 45, 187–189, 194 f., 231–242, 269–272
  - ~sparadox 61, 298 f.
  - ~sprofil 199 f., 203 f., 218
  - ~sreihenfolge 45, 92, 94
  - Pflicht zum Weiterstimmen 263 f., 271
  - strategisches Abstimmen 63, 162, 260–265
  - Stufen~ 189 f., 200 f., 232–234, 241 f., 257, 265–267
  - Sukzessiv~ 23, 295 f., 300
  - Tenor~ 240, 245, 249, 251 f., 256
  - Total~ 189 f., 200 f., 232–234, 265–267, 309–311
- Absurditätsargument 55 f., 109
- Agenda 199–201, 205 f., 223 f., 231 f.
- ~setzung 258–260
- Aggregation 11, 24 f., 56, 72, 188
- ~sregel, *siehe* Entscheidungsregel
  - Präferenz~ 12, 16 f., 20–22, 297–301
  - Urteils~ 16–23, 188, 195, 198–207
- Akteur, kollektiver 11, 271 f.
- Akzeptanz 48, 83 f., 148, 181, 208 f., 218
- Alleinentscheidungsrecht 34, 123 f.
- Alternativlosigkeit 50–52
- Ambiguitätstoleranz 62
- Anonymität 111 f., 118–140, 154, 204, 212 f.
- Antike 23, 28, 30 f., 143 f.
- Arbeitsgericht 35 f., 40, 44, 47, 131 f.
- Argumentation, juristische 79, 115, 144
- Aristoteles 59 f.
- Arndt, Adolf 284, 287
- Arrow, Kenneth J. 12, 21
- Arzt, *siehe* Medizin
- Aussage 22, 198–200, 207–209
- Autonomie, *siehe* Freiheit
- Barbacovi, Francesco Vigilio 52
- Begründung 32, 148, 150–152, 243 f., 249, 252, 255 f., 302–311
- Beratung, *siehe* Deliberation
- ~sgeheimnis 304, 308, 310
- Berichterstatter 126, 132 f., 279 f., 302–304
- Beschlussfähigkeit 37–39, 153, 180 f.
- Besetzungsreduktion 35, 162, 274 f.
- Beweis 76–78, 92, 94, 145 f.
- Black, Duncan 12, 61
- Borda, Jean-Charles de 12
- Bundesgerichtshof 35 f., 43 f., 133–136, 274
- Bundespatentgericht 36, 40, 275
- Bundestag 2, 137–139, 174
- Bundesverfassungsgericht 38, 40–45, 58, 136–141, 165–172, 174–176, 179–183, 227 f., 250–254, 281–290, 304–309
- Beschwerdekammer 37, 40, 44, 274, 285 f.
  - Kammer 37, 39, 42, 179 f., 183, 252 f.
  - Notsenat 39, 43, 180 f.
- Buridans Esel 150 f.
- Carroll, Lewis 12
- Cocceji, Samuel von 52
- Condorcet, Marquis de 12, 21, 60–62, 66, 158, 160, 298
- Condorcet-Jury-Theorem 60–74, 156–161, 178, 180, 265–267
- Condorcet-Methode 297–301

- Costa Rica 52
- Deliberation 24 f., 85, 91–93, 228 f., 254 f.
- Demokratie 1–3, 24, 30, 104–107, 153 f.  
– demokratische Legitimation 127–130  
– epistemische ~ 60
- Diktatur 69, 200, 212 f., 261
- Dilemma, diskursives 188–198, 202, 216, 231–234, 271 f., 296
- Disjunktion 195 f., 211, 266–268
- Diversität 96 f.
- ›doctrinal paradox‹, *siehe* Dilemma, diskursives
- Dogmatik 210 f., 226, 262
- Effizienz, *siehe* Praktikabilität
- Eindimensionalität 219–223, 225–229, 298–301
- Einfluss, richtungsweisender 133–136, 278
- Eingipfligkeit, *siehe* Eindimensionalität
- Einstimmigkeit 29, 31, 42 f., 113–115, 141 f., 176–181, 213, 252 f.
- Einzelrichter 10, 33–37, 63 f.
- Elefant 74
- Enthaltung 20, 26–28, 40,
- Entscheidung, *siehe* Gerichtsentscheidung  
– *siehe auch* Aggregation  
– ~sfolge 156, 164–166, 184, 286–288  
– ~sregel 11, 26, 47, 50 f., 200 f., 276  
– ~stheorie 11–19, 60–71, 108–113, 188 f., 194–207, 256–264, 293–301  
– kollektive ~ 10–12, 16, 199–201, 232, 269–272  
– nicht-binäre ~ 19–23, 40, 293–301  
– ~sfähigkeit 109, 112–114, 142, 155, 200, 277
- Erfahrung 86, 96 f.
- Experte 73, 79, 153 f.
- Fairness 104, 108, 112
- Fehlurteil 75–78, 92
- Finanzgericht 36, 40, 44, 238, 242, 280
- Fragestellung 19, 45, 258–260, 293
- Freiheit 98–101, 153, 170 f., 234
- Geiger, Willi 140
- Geradzahligkeit, *siehe* Stimmgleichheit
- Gericht 4–7, 47 f., 57 f., 116, 145–152, 277, 313  
– *siehe auch* Einzelrichter  
– *siehe auch* Verfassungsgericht  
– Arbeits~ 35 f., 40, 44, 47, 131 f.  
– Europäischer Gerichtshof 37, 39–41, 44, 280, 307  
– Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 37, 39, 41, 45, 175, 191–193, 307  
– Europäisches ~ 37, 39, 41, 44  
– Finanz~ 36, 40, 44, 238, 242, 280  
– ~sentscheidung 10 f., 16–23, 47 f., 80–85, 100–102, 187 f., 215–217, 226–229  
– ~sverfassungsrecht 10, 33–45, 122, 235–239, 259 f., 263 f., 271, 293 f., 296, 304  
– Instanz~ 7, 33–35, 97 f., 246, 254,  
– Kollegial~ 7–11, 30–32, 33–39, 91 f., 121–123, 217, 225, 254 f., 270–272, 307  
– Revisions~ 41, 163 f., 177–179, 249  
– Sozial~ 36, 40, 44, 132  
– Straf~ 34 f., 43, 75–79, 97 f., 156–164, 246–249, 265–269, 274 f., 278 f., 296–301, 309–311  
– Verwaltungs~ 36 f., 40, 44, 47, 64, 121  
– Zivil~ 8, 34 f., 57 f., 117, 177 f., 242–246
- Geschichte 28–33, 52, 144, 156, 194, 235–239
- Geschlossenheit, deduktive 213 f.
- Geschworene, *siehe* Jury
- Gesellschaftsvertrag 30, 53
- Gleichheit 100 f., 104–108, 111 f., 117 f., 128–130, 142 f., 148, 153 f., 173 f.; *siehe auch* Waffengleichheit
- Griechenland, *siehe* Antike
- Großbritannien 48, 153, 157, 197, 254–256
- Grotius, Hugo 53
- Gruppendenken 96
- Gruppenpolarisierung 96
- Hobbes, Thomas 53 f., 272
- Homogenität 218 f., 222, 224–230
- Hyperrationalismus 150

- Ideologie 87–89, 227  
 Implikation 206, 208–210  
 In dubio pro reo, *siehe* Zweifelssatz  
 ›information pooling‹ 74, 91, 96  
  
 Jellinek, Georg 54  
 Judikative, *siehe* Gericht  
 Jury 31, 63, 114 f., 142, 162, 191  
  
 Kelsen, Hans 98–101  
 Kennedy, Anthony 292  
 Kirchenrecht 29, 31  
 Kleingruppenforschung 8, 63 f.  
 Kollegialgericht 7–11, 30–32, 33–39,  
 91 f., 121–123, 217, 225, 254 f., 270–  
 272, 307  
 Kombinationsmethode 296–301  
 Kompetenz 63, 67–70, 73, 158–160,  
 265–268  
 Kompromiss 57 f., 261  
 Konjunktion 195, 241, 265–267  
 Konsens, *siehe* Einstimmigkeit  
 Konsistenz, *siehe* Rationalität  
 Korea 51 f.  
 Korrelation 93–97  
 Kraftargument 49, 54 f.  
  
 Laienrichter 35 f., 96 f., 131 f., 164, 303 f.  
 Landesverfassungsgericht 38, 40–45,  
 168, 281 f., 284, 306  
 Legislative 128 f., 144 f., 153 f., 174–176,  
 215, 217, 287 f.  
 Legitimation 47 f., 87, 89 f., 154  
 – demokratische ~ 127–130  
 Leibholz, Gerhard 100 f.  
 Lewis, George Cornewall 55  
 Locke, John 49, 54 f.  
 Logik 198, 206–211  
 Los 51, 110, 142–152, 290  
 – *siehe auch* Münzwurf  
 – gewichtete Lotterie 144 f.  
 Lotterie, *siehe* Los  
  
 Manipulation 152 f., 256–265  
 Maximierung 98, 101  
 May, Kenneth O. 108, 113  
 May-Theorem 108–113, 293  
 Medianwähler 219 f., 223, 227, 298  
  
 Medizin 18, 67 f., 72 f., 150 f., 159, 266  
 Mehrheit 26–28, 39–42  
 – absolute ~ 20 f., 27, 39 f., 293  
 – Abstimmungs~ 27, 40  
 – einfache ~ 27, 39–41, 99, 112, 163 f.  
 – ~konsistenz 224 f.  
 – ~sprinzip 1–6, 20, 26–32, 200 f.  
 – Mitglieder~ 27, 40 f.,  
 – qualifizierte ~ 27, 41 f., 51, 112, 155–  
 176, 200, 213 f., 301  
 – relative ~ 20, 27, 293 f.  
 Meinung, herrschende 84  
 Mill, John Stuart 59 f., 69  
 Minderheit 27, 29, 31, 53–56, 99, 102,  
 144, 168–170, 254, 302 f.  
 – ~sorum 43, 56, 109 f., 181, 182–184  
 Münzwurf 65, 74, 142 f., 149; *siehe auch*  
 Los  
  
 Natürlichkeit 49 f., 53, 56  
 Neurath, Otto 149  
 Neutralität 111 f., 115–118, 142 f., 173 f.,  
 204, 230, 277, 285 f.  
 Nutzen 101–103, 234  
  
 Oligarchie 213  
 Organstreit, *siehe* Verfassungsorgan  
 Österreich 126 f., 260, 264, 300  
  
 Papst 29, 60, 109  
 Parität 137 f., 273  
 Parlament, *siehe* Legislative  
 Pars sanior, *siehe* Kirchenrecht  
 Pfadabhängigkeit 256 f., 261, 310  
 Philosophie 7, 15, 48 f.  
 Planetenverkäufer 151  
 Poisson, Siméon Denis 194  
 Politik 5, 89, 96 f., 105–107, 138 f.,  
 153 f., 169, 175, 220, 226–228, 289  
 Präferenzaggregation 12, 16 f., 20–22,  
 297–301  
 Praktikabilität 53, 55, 141–143  
 Prämisse 200 f., 233, 264, 269–272  
 Proporz 2, 51 f., 138 f., 295  
 Pseudorationalismus 150 f.  
 Pufendorf, Samuel von 70  
  
 Qualität 64, 85 f., 130–132, 135 f., 275

- Rae-Taylor-Theorem 100 f.
- Rationalität 110, 144–152, 195, 201–203, 205–207, 212–217, 232, 234
- Rawls, John 49, 62, 103
- Rechtfertigung 2 f., 7–9, 47–49, 53, 104  
 – *siehe auch* Natürlichkeit  
 – *siehe auch* Praktikabilität  
 – *siehe auch* Selbstverständlichkeit  
 – epistemische ~ 60–70, 86, 97 f., 130 f., 153 f., 156, 163 f., 171–173, 265–269, 290 f., 313 f.  
 – materielle ~ 57  
 – prozedurale ~ 103 f., 106 f., 154, 166–171, 182, 269–271, 273, 313 f.  
 – teleologische ~ 98
- Rechtsbeugung 215, 265, 311
- Rechtsfindung 79–85, 87, 130, 135 f., 145 f., 163 f.
- Rechtsprechung, *siehe* Gericht
- Rechtsverweigerung 113, 277
- Repräsentation 128–130, 153 f.
- Responsivität 110, 115, 143–145, 147 f., 154, 202, 204, 234, 269–271
- Richter, *siehe* Gericht
- Richterbank 32, 254
- Richterschaft 34–39, 64, 162  
 – Mindest~, *siehe* Beschlussfähigkeit
- Richtigkeit 17 f., 58–61, 76, 79–86, 146, 156 f., 160 f., 178, 265; *siehe auch* Wahrheit
- Rom 23, 28 f., 31 f., 92, 294 f.; *siehe auch* Antike
- Rousseau, Jean-Jacques 59, 66
- Scalia, Antonin 88
- Schelling, Friedrich 150
- Schmitt, Carl 85
- Schöffengericht, *siehe* Strafgericht
- Schuldfrage, *siehe* Strafgericht
- Selbstbestimmung, *siehe* Freiheit
- Selbstverständlichkeit 1–3, 7, 49
- Senat, großer 35 f., 43 f., 274
- Simmel, Georg 49
- Social-Choice-Theorie, *siehe* Entscheidungstheorie
- Sondervotum 255, 304–309
- Sozialgericht 36, 40, 44, 132
- Spruchkörper, *siehe* Kollegialgericht
- Stichentscheid 43 f., 122, 278–280, 291
- Stimmengleichheit 43–45, 121, 126 f., 273–293, 308; *siehe auch* Stichentscheid
- Stimmenvorsprung, absoluter 158–161
- Stimmgewicht 69 f., 107, 110 f., 118–141, 153 f., 278–281
- Stimmverlust 279–281
- Stimmverweigerung, *siehe* Enthaltung
- Strafffrage, *siehe* Strafgericht
- Strafgericht 43, 75–79, 97 f., 156–164, 246–249, 265–269, 274 f., 278 f., 296–301, 309–311; *siehe auch* Laienrichter
- Strafkammer, *siehe* Strafgericht
- Stufenabstimmung 189 f., 200 f., 232–234, 241 f., 257, 265–267
- Supreme Court 6, 16, 87–89, 183 f., 190 f., 226 f., 255, 307
- Systematizität 204 f., 230
- Taiwan 52
- Tatsachenfindung 74–79, 96–98, 145 f., 171–173
- Totalabstimmung 189 f., 200 f., 232–234, 265–267, 309–311
- Überstimmung 123 f., 126, 131, 162, 263 f., 303 f.
- Unabhängigkeit 63, 90–97, 179, 204 f., 230–232  
 – richterliche ~ 122, 124–127, 129
- Universalität 203, 218
- Unmöglichkeitstheorem 12, 201–207
- Urteilsaggregation 16–23, 188, 195, 198–207
- Urteilsmenge 199 f., 203, 218 f., 261
- USA 6, 33, 48, 51, 114 f., 157, 254–256; *siehe auch* Supreme Court
- Vacca, Roberto 194
- Verfahrensargument 103 f.
- Verfahrensgerechtigkeit 62, 103, 146, 154
- Verfassungsbeschwerde 179 f., 182 f., 252 f., 288
- Verfassungsgericht 37, 47, 51 f.

- Bundes~ 38, 40–45, 58, 136–141, 165–172, 174–176, 179–183, 227 f., 250–254, 281–290, 304–309
- Landes~ 38, 40–45, 168, 281 f., 284, 306
- Verfassungsordnung 167 f., 174–176, 287–289
- Vertretbarkeit 79 f., 83 f., 146, 208
- Verwaltungsgericht 36 f., 40, 44, 47, 64, 121
- Vitoria, Franciso de 53
- Vollständigkeit, *siehe* Rationalität
- Vorsitzender 34, 45, 94, 122–124, 133–136, 278 f., 303 f.; *siehe auch* Stichtentscheid
- Vorzugsregel 281–285, 294 f., 301
- Waffengleichheit 117, 173 f.
- Wahlen 2, 20, 29 f., 51, 111 f.
- Wahrheit 21, 62, 74–77, 79–81, 158 f., 206–208, 310; *siehe auch* Richtigkeit
- Wahrscheinlichkeit 61–67, 90, 92 f., 157, 159 f., 248, 290 f.
- Waldron, Jeremy 6, 87 f., 91, 93
- Weiterstimmen 263 f., 271
- Wertbeschränktheit 223–225, 229
- Willkür 13–15, 146–151, 161 f., 182–184, 215, 254
- Wirklichkeit 75–77; *siehe auch* Wahrheit
- Zivilgericht 8, 34 f., 57 f., 117, 177 f., 242–246
- Zufall, *siehe* Los
- Zweidrittelmehrheit, *siehe* qualifizierte Mehrheit
- Zweifelssatz 157, 248 f., 267, 295